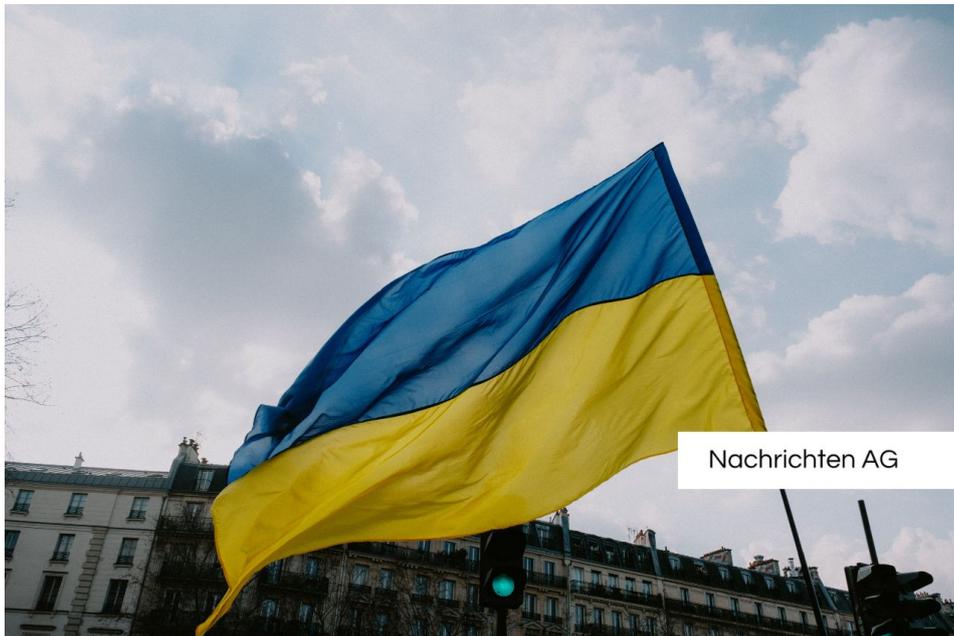


Freiheitliche warnen: Sektenbericht ignoriert Islamismus und Linksextremismus!

Maximilian Weinzierl kritisiert den neuen Sektenbericht als einseitig, da er Islamismus und Linksextremismus ausblendet.



Hamburg, Deutschland - Am 2. Juli 2025 hat der Bericht der Bundesstelle für Sektenfragen, der im Familien- und Jugendausschuss des Parlaments vorgestellt wurde, für erhebliche Kontroversen gesorgt. In dem Dokument, das sich mit „Sekten und sektenähnlichen Gruppierungen“ und deren potenziellen Gefährdungen befasst, wird kein Bezug zu Radikalisierung in muslimischen Milieus oder zu linksextremer Gewalt genommen, was Maximilian Weinzierl, Obmann der Freiheitlichen Jugend und FPÖ-Jugendsprecher, scharf kritisierte. Er sieht in der Auslassung eine ideologische Schiefelage und politisch motivierte Färbung des Berichts, den er als „grüne

Feindesliste“ bezeichnet, die Glaube, Familie, Männlichkeit und Heimatliebe mit Extremismus in Verbindung bringe.

Weinzierl wies in seiner Kritik darauf hin, dass sich der Fokus des Berichts auf Themen wie „toxische Männlichkeit“ und die Rolle von Corona-Maßnahmenkritikern verlagere. Angesichts der hohen Zahl von Muslimen in Österreich warnte er gleichzeitig vor der Gefahr der islamistischen Radikalisierung, insbesondere in städtischen Gebieten, wo der Islam kulturell dominant werde. Diese Veränderungen könnten einen Anpassungsdruck hervorrufen und die Radikalisierung von Jugendlichen begünstigen. Mag. Ulrike Schiesser, die Leiterin der Bundesstelle, bestätigte im Ausschuss den Anstieg von Linksextremismus, merkte jedoch an, dass der Bericht einen anderen Fokus verfolgt habe.

Islamismus als Herausforderung

Der Bericht ist Teil eines größeren Diskurses über den Islamismus, der in der Gesellschaft zunehmend diskutiert wird. Eine Zusammenfassung des Sammelbands „Islamismus als gesellschaftliche Herausforderung: Ursachen, Wirkungen, Handlungsoptionen“ zeigt, dass Islamismus als eine Ideologie verstanden wird, die sich an gesellschaftliche Kontexte anpasst und sich gegenseitig mit Phänomenen wie Rechtsextremismus und antimuslimischem Rassismus verstärkt. Diese Wechselwirkungen wurden von dem RADIS-Forschungsnetzwerk untersucht, das über vier Jahre tiefgehende Forschungen in Deutschland und Europa durchführte.

Der Fokus der RADIS-Forschung liegt auf den gesellschaftlichen Auswirkungen des Islamismus, den Herausforderungen der Radikalisierung und den unterschiedlichen Bewegungen innerhalb der islamistischen Szene. Notwendig ist eine präventive Politik, die sich an den Ursachen der Radikalisierung orientiert. Dazu zählen die gesellschaftliche Polarisierung und der Einfluss aktueller Krisen, wie dem Ukraine-Konflikt und der Migration, die als ideologisch aufgeladenen Themen identifiziert

wurden. Diese Aspekte spielen eine entscheidende Rolle bei der Erreichung einer effektiven Präventionsstrategie.

Der Einfluss von sozialen Medien

Ein weiterer zentraler Punkt ist der Einfluss von sozialen Medien auf die Radikalisierung. Menschen, die sich in Krisensituationen befinden, suchen oft klare Rollenmuster und Lösungen in extremistischen Ideologien. Diese Entwicklung, die gemeinsam mit einem wachsenden Misstrauen in demokratische Institutionen einhergeht, macht die Herausforderungen umso komplexer. Es ist offensichtlich, dass Radikalisierungsprozesse zunehmen, besonders unter dem Einfluss von gesellschaftlichen Spannungen.

Die Diskussion über Islamismus, Migration und Integration bleibt emotional und ideologisch aufgeladen. Während der Bundestag über diverse Sicherheitspakete berät, die unter anderem Asyl- und Aufenthaltsrecht betreffen, bleibt zu hoffen, dass eine differenzierte Betrachtungsweise und gemeinsame Lösungen gefunden werden. Der RADIS-Forschungsansatz könnte für die Entwicklung von Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierung entscheidend sein. Hierbei wird der gesellschaftlichen Dimension und der notwendigen Vernetzung der Ansätze großen Wert beigemessen.

In Anbetracht der vorliegenden Daten und Analysen drängt sich der Eindruck auf, dass sowohl eine sachgerechte Aufarbeitung als auch umfassende Maßnahmen zur Prävention unerlässlich sind, um den Herausforderungen der Radikalisierung entgegenzutreten und gleichzeitig das gesellschaftliche Zusammenleben zu fördern.

Für weiterführende Informationen zu diesen Themen können die Berichte und Analysen auf [bpb.de](https://www.bpb.de) und [zdf.de](https://www.zdf.de) eingesehen werden.

Details	
Vorfall	Islamismus
Ort	Hamburg, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bpb.de• www.zdfheute.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at